

marburger echo

Zeitung der DKP Marburg

Ausgabe 2/2026 Deutsche Kommunistische Partei

Wählt Marburger Linke ins Stadtparlament! Kommunalpolitik statt Parteipolitik – Für ein soziales Marburg

Am 15 März sind Kommunalwahlen. Die Marburger Stadtverordnetenversammlung braucht wie schon in den Jahren zuvor eine starke Opposition gegen die begonnenen pauschalen Kürzungen über alle Budgets hinweg. Zu befürchten sind weitere Einsparungen. Gleichzeitig gilt es soziale, inklusive und innovative Ausrufezeichen zu setzen gegen eine Politik der scheinbar alternativlosen Abwärtsspirale. Alle Bürger*innen der Stadt, vor allem die nicht auf der Sonnenseite des Lebens zu Hause sind, brauchen eine starke Interessenvertretung.



Tanja Bauder-Wöhr, 49 Jahre, Angestellte, verheiratet, zwei Söhne

Ich setze mich für ein sozial gerechtes Marburg ein. Gesundheit, Bildung und kulturelle Teilhabe dürfen nicht vom Geldbeutel abhängen. Daseinsfürsorge muss eine städtische Verpflichtung bleiben. Innerstädtischer Wohnraum muss auch in Marburg bezahlbar sein. Für eine wirkliche Sportstadt Marburg. Unser historisch gewachsenes Stadtbild muss geschützt werden. Keinen Cent für die Rüstung, stattdessen kommunale Selbstverwaltung erhalten!



Lyana Allan (34) Juristin

Ich setze mich als Teil einer internationalen Community für faire Chancen auf Arbeit und Wohnraum ein. Der Zugang zu Jobs und bezahlbarem Wohnraum darf nicht von Sprache oder Herkunft abhängen. Respekt, Gleichberechtigung und gegenseitige Unterstützung sind für mich Grundlage eines guten Zusammenlebens in Marburg. Jede Person verdient echte Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben.



Anja Kerstin Meier-Lercher, Förderschullehrerin, 53 Jahre, verheiratet, 6 eigene plus 4 Bonuskinder

Ich kandidiere für die Kommunalwahl in Marburg, weil ich mich für eine solidarische, soziale Stadt einsetzen will. Wohnen ist ein Menschenrecht – Obdachlosigkeit muss aktiv bekämpft werden. Geflüchtete brauchen echte Teilhabe durch Bildung, Arbeit und Wohnraum. Ich stehe für konsequenten Tierschutz und eine barrierefreie Stadt, in der Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt leben können. Linke Politik heißt: Niemand wird zurückgelassen!



Laurin Schulte (26) Student und Geschäftsführer eines gemeinnützigen Unternehmens

Ich setze mich für eine soziale und friedliche Stadtgesellschaft ein. Dafür stehe ich mit meinem jahrelangen Engagement für Geflüchtete und Menschen mit Behinderung ein.



Hans-Joachim (Hajo) Zeller, 75 Jahre, geschieden, 2 Söhne, 4 Enkel

Für mich gilt: Innerer und äußerer Friede sind Grundbedingungen des Zusammenlebens. Die Würde jedes Menschen ist unantastbar, auch wenn er meine Meinung nicht vertritt. Gesundheit wurde zur Ware. Die Natur zum ausbeutbaren Rohstoff. Der Mensch zum Kostenfaktor.

#Privatisierung#Steuersenkung#Sozialstaatsabbau gelten als alternativlos. Diese Fehlentwicklungen sind auch auf lokaler Ebene zu stoppen und umzukehren. Dafür werde ich mich einsetzen.

Geht wählen!
Am
15. März
die
Marburger Linke!

Träumen ist notwendig

Wenn der Mensch die Kraft zum guten Träumen eingebüßt hätte, wenn er nicht immer wieder vorseilen würde und mit seiner Einbildungskraft das Ganze seines Tuns überschauen würde, das sich mühselig unter seinen Händen herauszubilden beginnt – wie könnte er überhaupt das Umfassende seiner Anstrengungen aushalten? Träumen wir also!

Aber unter der Bedingung, ernsthaft an unseren Traum zu glauben, das wirkliche Leben auf das Genaueste zu beobachten, unsere Beobachtungen mit unserem Traum zu verbinden, unsere Phantasie gewissenhaft zu verwirklichen! Träumen ist notwendig...

Lenin

Im Übrigen...

...klingt es aber: "Mehr Knete für Kitas", das fordern die Grünen auf Plakaten zur Kommunalwahl. Sind sie nicht genau wie auch SPD, CDU und AfD für hemmungslose Aufrüstung? Milliarden von Euros für Todesmaschinen. Oder um es in ihrem schnodderigen Ton auszudrücken: Mehr Bummbumm für die Bundeswehr. Was wird da für Kitas und Bildung übrigbleiben? Ende Januar hat das Mastermind der Grünen, Joschka Fischer, ehemals Außenminister, die Atombombe für ganz Europa gefordert. Der jetzige Vorsitzende der Grünen, Felix Banaszak, hat daraufhin empfohlen, solche unangenehmen Dinge nicht mehr in aller Öffentlichkeit zu verhandeln, das würde uns alle doch nur bedrängen. Früher waren sie mal für Abrüstung und atomwaffenfreie Zonen.

"Bei der Rüstung sind sie fix, für die Bildung tun sie nix" steht auf einem Plakat der Marburger Linken. Das klingt nicht albern. Es ist ernst gemeint: Die Marburger Linke ist konsequent für Abrüstung und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung und gegen Waffenexporte, egal in welches Land.

In Marburg gibt es eine gewisse Verwechslungsgefahr bei der Kommunalwahl. Es gibt da zwei Listen mit dem Wort "Linke" im Namen. Eine davon, die Marburger Linke, hat mittlerweile wegen ihres Plakates schon einen Spitznamen bekommen, um Verwechslungen zu vermeiden: "Fix-Nix"-Linke. Das meint unter anderem auch ihre eindeutige Haltung für Abrüstung.

Mein Wunsch für die Zeit nach der Kommunalwahl:

Gegen Sozialabbau, gegen faschistische Gefahr und gegen Kriegstüchtigkeit. Darüber wird man sich doch schnellstmöglich nach dem 15. März einigen können. Oder?

Christian Mark





Forderungen der Marburger Linke

**Soziales Marburg
Solidarisch statt Sparpolitik
Armut macht krank. Krankheit
macht arm.**

Unsere Antworten:
Marburger Sozialfonds
Schutz vor Strom- und Wassersperren
Frauenhaus ausbauen
Wirksamer Schutz vor Obdachlosigkeit
Altersarmut entgegenwirken

Unsere Wohnpolitik:
Bezahlbares Wohnen durchsetzen
Städtische Wohnbauoffensive
50% Sozialquote bei Neubauten
Bodenbevorratung
Keine Privatisierung öffentlicher
Grundstücke
Mieten stabilisieren, Spekulationen
stoppen
Vergabe in Erbpacht anstatt Verkauf
Wohnen für alle – nicht für Profite.

Gute Arbeit & Fachkräfte
Faire Löhne. Starke Stadt.
Tarifbindung bei städtischer Vergabe
Rückführung ausgelagerter Aufgaben
Werkwohnungen für Erzieher:innen,
Pflegekräfte, Busfahrer:innen
Mehr Ausbildungsplätze
Keine sozialen Kürzungen
Starke Daseinsfürsorge statt Lohn-
dumping

Kinder, Kitas & Schulen
Gute Bildung für alle
U3 Plätze ausbauen
Schulen sanieren & modernisieren
Inklusion konsequent mitdenken
Kostenloses, gesundes Mittagessen
Mehr Schulsozialarbeit
Bildung ist Zukunft – kein Sparposten.

Solidarische Stadtgesellschaft
Klar gegen Rechts. Für Zusammenhalt.
Marburg als sicherer Hafen
Unterstützung für Geflüchtete &
Kriegsdienstverweigerer
Keine Bundeswehrwerbung an Schulen
Interkulturelles Zentrum schaffen
Vielfalt ist unsere Stärke.

Demokratie & Teilhabe
Stadtteilversammlungen mit Befug-
nissen für die Menschen
Bürgerhaushalt & Bürgerräte
Transparente Haushaltsplanung
Starke Quartiersarbeit
Barrieren abschaffen – Zugänge er-
leichtern

**Demokratie
lebt vom Mitmachen.**



Jetzt 6
Wochen
kostenlos
testen

unsere-zeit.de
Tel.: 0201 177889-15
abo@unsere-zeit.de

Ausgefragt

Im Gespräch mit Roland Böhm



Du bist seit 10 Jahren für die Marburger Linke in der StVV, sieben Jahre davon als Vorsitzender des Sozialausschusses. Wie beurteilst du die soziale Lage in Marburg?

Zwiespältig. Es gibt einige Verbesserungen, etwa beim MarburgPass oder die Einrichtung der Service-stelle für Soziales, welche die Marburger Linke seit vielen Jahren gefordert hat. Andererseits gibt es „Baustellen“, bei denen sich nichts tut, obwohl es unbestritten dringend notwendig ist, etwa bei der Armutsbekämpfung, der Kinderbetreuung, der Obdachlosenunterkunft, der Schaffung von Frauenhausplätzen oder der Inklusion von Menschen mit Behinderungen.

Kannst du das an einem Beispiel erläutern? Wo genau drückt der Schuh?

Nehmen wir mal die Kinderbetreuung. Ich glaube, alle Eltern können ein Lied davon singen: baulicher Zustand, Personalknappheit, Ausfall von Betreuung usw. Viele Kitas sind dringend sanierungsbedürftig, einige seit vielen Jahren geschlossen (Goldberg, Unter dem Gedankenspiel), die Kinder sind in Provisorien untergebracht. Seit 2012 verfolge ich die städtischen Investitionen in die Kitas. Sie betrugen durchschnittlich ca. 2,4 Mio. € pro Jahr und haben 2024 (für 2025 liegen noch keine Zahlen vor) den Minusrekord von ca. 224 T€ erreicht. Wenn nicht neu gebaut bzw. in Renovierung investiert wird, wird der Gebäudezustand immer schlechter und aufgeschobene Investitionen werden immer noch teurer. Abschreckendstes Beispiel ist die seit 2019 geschlossene Kita Unter dem Gedankenspiel in Wehrda. Die jetzt schon aufgelaufene Kostenexplosion, die die OP vorgerechnet hat – von 2,4 auf 8,6 Mio., dazu die Umbau-, Miet- und Nebenkosten von bisher 1,2 Mio – wäre bei dem angekündigten Baubeginn 2020 deutlich kleiner gewesen. Eine weitere Verschiebung führt unausweichlich zu noch höheren Kosten, selbst bei der geplanten Fertigstellung 2030/31 werden schon Gesamtkosten von 12 Mio. Euro genannt.

Und dazu kommen ja noch die pauschalen Kürzungen im Haushalt. Was bewirken die?

Das ist für die freien Träger eine ziemliche Katastrophe. Sie müssen für 2026 mit den Einnahmen von 2024 auskommen, u. U. werden davon auch noch 2,5 % abgezogen. Konkret bedeutet das, Angebote einzuschränken oder ganz aufzugeben, um wenigstens andere im notwendigen Umfang weiterlaufen zu lassen. Abgesehen davon, dass das Ganze extrem unsozial ist, denken der Magistrat, die Koalition und die CDU zu kurz, denn es ist zudem kontraproduktiv. Wenn die freien Träger subsidiär – also anstelle der Stadt – notwendige Leistungen erbringen, ist das kostengünstiger. Fällt der freie Träger aus, muss die Stadt selbst diese Leistung anbieten, mit entsprechenden Kosten.

Was müsste denn deines Erachtens in den nächsten Jahren geschehen?

Marburg muss seinem Anspruch, eine Stadt für alle zu sein, Taten folgen lassen. Das heißt konkret, für die – nicht so wohlhabende – Mehrheit der Bevölkerung die Angebote schaffen, die uneingeschränkte Teilhabe am Leben ermöglichen. Die Baustellen habe ich eingangs genannt, vielleicht sollte ich noch die Ganztagsbetreuung an Grundschulen hinzufügen. Sie soll im Herbst starten, aber dafür fehlen an vielen Schulen Räume, es gibt kein pädagogisches Konzept und noch weniger entsprechend qualifiziertes Personal.

Die Sozialsprechstunde „links hilft“

Wann: Jeden Dienstag von 14:00 bis 18:00 Uhr

**Wo: Büro DIE LINKE, Marburg, Elisabethstraße 9
Zugang zwischen Drogeriemarkt Rossmann und Kir-
chenkiosk. Parkplätze gibt es über einen Aufzug auf dem
Parkdeck. Die Bushaltestellen Elisabethstraße und Bahn-
hofstraße sind ca. 200m vom Büro entfernt.**



GLOBAL WOMEN'S GENERAL STRIKE

MARCH 9

Frauenstreiks: Wenn die halbe Welt stillsteht

Am 9. März sollen Frauen ihre bezahlte und unbezahlte Arbeit niederlegen, dazu ruft die in Deutschland gegründete Initiative Enough! Genug! auf. Der 9. März soll als Aktionstag den Internationalen Frauentag am 8. März verlängern.

Die Initiative nennt den Aktionstag zwar einen Streik, meint jedoch keinen Streik im tarifrechtlichen Sinn. Die geplante Arbeitsniederlegung ist kein Arbeitskampf, sondern eine politische und gesellschaftliche Protestform. Einzelpersonen sind daher nicht durch das Streikrecht geschützt; alle haben selbst zu entscheiden, ob sie eine Freistellung beantragen, Urlaub einreichen oder nur die Mittagspause verlängern.

Seit Jahrzehnten zeigen Frauen weltweit durch Streiks, wie unverzichtbar ihre Arbeit ist.

Frauen gehen nicht zur Arbeit, was dann? Kitas bleiben geschlossen. Ärztinnen und Pflegekräfte fehlen in Krankenhäusern, an den Supermarktkassen bilden sich lange Schlangen, weil die übrig gebliebenen Männer die Arbeit der Frauen nicht auffangen können.



Vorbild für die Initiative und gleichzeitig der wohl bekannteste Frauenstreik fand am 24. Oktober 1975 in Island statt. Damals legten etwa 90 Prozent der isländischen Frauen ihre Arbeit nieder, um gegen unfaire Löhne und Arbeitsteilung zu demonstrieren. Büros, Schulen, Geschäfte und Haushalte standen still. Väter mussten ihre Kinder mit zur Arbeit nehmen, weil Kitas geschlossen blieben.

Der Effekt war gewaltig: Ein Jahr später verabschiedete das Parlament ein Gesetz zur Gleichberechtigung. 1980 wählten die Isländer*innen mit

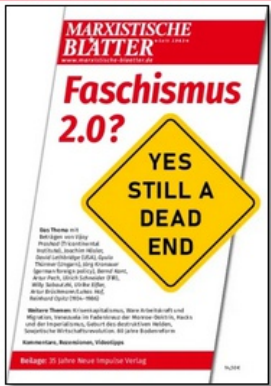
Vigdís Finnbogadóttir die erste demokratisch gewählte Präsidentin der Welt. Heute gilt Island als eines der Länder mit der größten Gleichstellung. Seit Jahren führt der Inselstaat die weltweite Rangliste der Länder mit der geringsten Ungleichheit der Geschlechter nach dem Global Gender Gap an. Dieser Index misst die geschlechtsspezifischen Unterschiede zwischen Männern und Frauen in den Bereichen wirtschaftliche Teilhabe, Bildungschancen, Gesundheit und politische Teilhabe. Deutschland lag 2025 übrigens nur auf dem neunten Platz.

Das Bündnis „Enough!“ ruft weltweit Frauen dazu auf, ihre bezahlte und unbezahlte Arbeit niederzulegen: Kochen, Putzen, Kinderbetreuung, die Pflege von Angehörigen. In ihrer Ankündigung wird formuliert: „Wir sagen GENUG! zu einem System, das (wieder) vermehrt auf Ausbeutung, Unterdrückung und Zerstörung setzt und unter dem weltweit in erster Linie Frauen* und Kinder leiden. Wir machen diesen Wahnsinn nicht länger mit! Für einen Tag stehen wir diesem System nicht zur Verfügung, denn wir können nicht länger hinnehmen, dass Geld- und Machtgier Menschenleben und unseren Planeten vernichten. Es reicht! Wir sind die Hälfte der Menschheit und wenn wir den patriarchalen Strukturen die Arbeitskraft entziehen, dann steht die Welt still.“



Kann ein Streik wirklich etwas ändern? Die Geschichte zeigt: Ja. Frauenstreiks haben Gesetze geändert, Löhne erhöht und das Bewusstsein geschärft. Ein Streik allein reicht nicht aus. Es braucht politischen Druck, engagierte Aktivist*innen und eine Gesellschaft, die bereit ist, sich zu verändern.

uz unsere zeit
SOZIALISTISCHE WOCHENZEITUNG – ZEITUNG DER DKP



Neue Ausgabe



Impressum

Homepage:
marburg.dkp.de

Facebook:
facebook.com/dkp.marburg

Instagram:
instagram.com/dkpmarburg

Youtube:
https://www.youtube.com/@
DKP-Marburg